

Ein Staat ohne Rechtsbewahrung ist letztlich eine große Räuberbande

Der Vorsitzende des deutschen Bundesverfassungsgerichtes, *Prof. Voßkuhle*, äußerte sich im Januar 2016 in einem Interview mit dem Deutschlandfunk über die Asyl-Praktiken der Bundesregierung.

→ *In den vergangenen fünf Jahren sei „eine Sensibilität eingetreten dafür, dass man Regelungen nicht immer durchsetzen kann“ und „Verträge weit ausgelegt werden“.*

Doch halt!

? **Wenn rechtliche Regelungen und Verträge nicht mehr bindend sind, was ist dann überhaupt noch an Rechtsstaatlichkeit vorhanden?**

Schon 2011 zitierte *Papst Benedikt XVI.* bei einer Ansprache im deutschen Bundestag den *Kirchenvater Augustinus* wie folgt:

- **„Nimm das Recht weg – was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande?“**

Diese *S&G 43/2017* zeigt darum in ihren Artikeln, wie geltendes Recht einfach „nach Bedarf“ umgesetzt, verdreht oder einfach ignoriert wird. Anhand aktueller Beispiele wird illustriert, wie in Deutschland auch Regierungs- bzw. Systemkritiker durch Rechtsverdrehung einfach mundtot gemacht werden.

Sie erfahren überdies, warum nicht nur ein **Finanzkollaps in der Ukraine vorprogrammiert** ist, sondern auch inwiefern **„die größte Insolvenzverschleppung der Menschheitsgeschichte“** und eine **schleichende Enteignung** der Bürger im Gang ist.

Danke, dass Sie auch durch Ihr treues Weiterreichen unserer Infos dafür sorgen, dass sich die Gegenstimmen immer mehr verbreiten!

Auch mit dieser S&G-Ausgabe bieten wir Ihnen die Möglichkeit, die Wahrheit laut werden zu lassen!

- **Bitte drucken Sie die Nachfolgeseiten aus und tragen Sie dadurch zu deren Verbreitung bei. DANKE!**

Ihr S&G-Team

>>>

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER
WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK!
FREI UND UNENTGELTICH
INSPIRIEREND
S&G



Medienmüde? Dann Informationen von ...
www.KLAGEMAUER.TV
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



HAND-EXPRESS

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!
WELTGESCHEHEN UNTER
DER VOLKSLUPE
S&G

~ AUSGABE 43/2017 ~



DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

INTRO

Der Vorsitzende des deutschen Bundesverfassungsgerichtes, Prof. Voßkuhle, äußerte sich im Januar 2016 in einem Interview mit dem Deutschlandfunk über die Asyl-Praktiken der Bundesregierung. In den vergangenen fünf Jahren sei „eine Sensibilität eingetreten dafür, dass man Regelungen nicht immer durchsetzen kann“ und „Verträge weit ausgelegt werden“. – Doch halt! Wenn rechtliche Regelungen und Verträge nicht mehr bindend sind, was ist dann überhaupt noch an Rechtsstaatlichkeit vorhanden? Papst Benedikt XVI. beschrieb im Jahr 2011 solch einen Zustand bei einer Ansprache im deutschen Bundestag mit den Worten des Kirchenvaters Augustinus: „Nimm das Recht weg – was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande?“ – Sowohl das Recht auf freie Meinungsäußerung als auch das Asylrecht und das Selbstbestimmungsrecht der Völker werden in dieser Ausgabe beleuchtet. [1]
Die Redaktion (pg.)

Meinungen werden zum Verstummen gebracht

gap. Seit Bestsellerautor Thorsen Schulte aus Gewissensgründen die CDU verließ und die Politik der deutschen Regierung und der Europäischen Union kritisierte, wurde er in den Medien immer mehr diskreditiert. Nachdem sein neuestes Buch „Kontrollverlust“ Anfang August 2017 in die Spiegelbestsellerliste aufgenommen wurde, erhielt er kurz darauf eine polizeiliche Vorladung wegen übler Nachrede. – Michael Stürzenberger, Autor der Internetplattform PI-News, wurde im August 2017 zu einer sechsmonatigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt.

Redakteure werden von der journalistischen Sorgfaltspflicht befreit

rl. Das Magazin Stern und einer seiner Redakteure hatten Jens Bernert, den Autor des Blogs *Der Blaue Bote* verklagt, weil er in scharfen Worten die fehlende Sorgfaltspflicht von Mainstream-Journalisten angeprangert hatte. Bei der Verhandlung gegen den Blogger am Hamburger Landgericht, Mitte Juli 2017, ließ die vorsitzende Richterin verlauten, es sei Journalisten nicht

in einem Facebook-Bericht ging Stürzenberger auf die Allianz zwischen Hitler und arabischen Staaten ein und postete dazu ein Foto eines NSDAP-Mannes mit Hakenkreuzbinde. Obwohl es bei den Mainstream-Medien gang und gäbe ist, bei historischen Berichten über den Nationalsozialismus auch Bilder mit eben solchen Emblemen einzufügen, wurde Stürzenberger dafür verurteilt. Geht es in diesen Fällen wirklich um Recht und Gesetz oder eher darum, das Recht auf freie Meinungsäußerung total zu unterbinden? [2]

zuzumuten, selbstständig zu erkennen, ob es sich bei einer Story um eine Lügengeschichte handele oder nicht. Wenn also keine Sorgfaltspflicht mehr besteht, weshalb wird dann vonseiten der Politik solch ein Rummel um angeblich im Internet verbreitete Fake-News gemacht? Auch dieser Fall erhärtet den Verdacht, dass die Verbreiter von Fake-News evtl. ganz woanders zu suchen sind. [4]

„Medien dürfen alles und müssen nichts.“

Martin Walzer, Prälat der Diözese Speyer

Polnischer Staatssender: In Deutschland immer weniger Demokratie

pag. Aus unserem Nachbarland Polen hört man zunehmend besorgte Stimmen über die Einschränkung der Meinungsfreiheit in Deutschland. Aktueller Anlass war die Verurteilung des PI-News-Autors Michael Stürzenberger durch die deutsche Justiz. Mit einer fadenscheinigen Urteilsbegründung war dieser wegen „Beschimpfung von Religionsgemeinschaften“ und Verwendung „verfassungswidriger Symbole“ zu sechs Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden. Im Falle einer weiteren ungewünschten Meinungsäußerung werde die Bewährung sofort außer Kraft und das Urteil in Kraft gesetzt. Somit kommt das Urteil einem Meinungsäußerungs- und damit Berufsverbot gleich. Kommentatoren des polnischen Senders stellten daher mit grosser Berechtigung fest, dass es in Deutschland immer weniger Demokratie gebe und das Land sich immer mehr einer „totalitären Diktatur“ annähere. [3]

Heimatururlaub für Flüchtlinge

mr. Nach Meldung der Zeitungen *Heilbronner Stimme* und *Mannheimer Morgen* unter Berufung auf eine Erhebung des baden-württembergischen Innenministeriums seien ca. 100 Asylbewerber seit 2014 zum Teil sogar mehrfach in ihre Heimatstaaten gereist. In einer Stellungnahme schrieb Ministerialdirektor Julian Württenberger: „Wenn anerkannte Schutzberechtigte trotz einer Verfolgung oder Bedrohung zu Urlaubszwecken wieder in ihr Heimatland reisen,

Fortsetzung Seite 2

Ukraine : Kein Geld für Sozialzuschüsse

hm. Seit dem Maidan-Aufstand und dem blutigen Machtwechsel sind die Lebenshaltungskosten in der Ukraine um 200 bis zu 300 % gestiegen – die Löhne dagegen um höchstens 20 bis 30 %. Derzeit sind etwa 60 % aller ukrainischen Familien nicht mehr

in der Lage, ihre Mieten vollständig zu bezahlen. Um sich über Wasser zu halten, sind die sozial schlechter gestellten Bevölkerungsschichten darauf angewiesen, vom Staat soziale Zuschüsse zu erhalten. Da aber laut Regierung das Geld für Sozialförde-

rung im diesjährigen Budget bereits aufgebraucht sei, müsse man für die restlichen Monate dieses Jahres auf das Budget des kommenden Jahres zugreifen. Damit ist in der Ukraine ein Finanzkollaps quasi vorprogrammiert. [5]

Quellen: [1] www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/benedict/rede/250244 |

www.deutschlandfunk.de/verfassungsgeschichte-voesskuhle-man-muss-das.1818.de.html?dram:article_id=342992

[2] www.youtube.com/watch?v=Hb5vS_kQhJs [3] www.pi-news.net/polens-regierung-bringt-stuerzenberger-urteil-vor-europaischen-rat/ [4] <https://deutsch.rt.com/gesellschaft/54404-dritte-runde-zu-syrien-propaganda>

[5] <https://de.sputniknews.com/gesellschaft/20170813317010036-kein-geld-fuer-sozialzuschuesse-ukraine-vor-kollaps/>

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress –

Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!

Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!

Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzartikel an SuG@infopool.info

Fortsetzung von Seite 1

stellt sich zurecht die Frage nach der Schutzbedürftigkeit dieser Ausländer“. [6]

„Wer unser Gastrecht missbraucht, für den gibt es nur eines: Raus, und zwar schnell!“
Gerhard Schröder im Juli 1997

Norweger wollen nicht mehr in die EU

ennm. Laut aktuellen Umfragen will die Mehrheit der Norweger trotz entgegengesetztem Kurs ihrer politischen Führung nicht mehr der EU beitreten. Weit verbreitet sei der Eindruck, dass die EU-Politik den Mitgliedsstaaten mehr Schaden als Nutzen bringe, allein wenn man die verfahrenere

Währungs- und Flüchtlingspolitik, sowie die schwindende Demokratie bei gleichzeitig zunehmender Zentralisierung betrachte. Am 11. September wurde in Norwegen ein neues Parlament gewählt, wobei laut Umfragen nur noch rund 22 % der Abgeordneten für einen EU-Beitritt seien. [7]

Lebenden werden Organe entrissen?

ab. Als 1967 Dr. Barnard in Südafrika die ersten Herztransplantationen vornahm, erkannten Mediziner und Wissenschaftler rasch, dass Organe von Toten wegen kurzzeitiger Unterbrechung der Sauerstoffzufuhr für Transplantationen nicht geeignet waren. Um dieses Problem zu lösen, wurde bereits 1968 von einer Kommission der amerikanischen Harvard-Universität der

neue Begriff des „Hirntodes“ geschaffen. Danach wird ein Mensch mit noch schlagendem Herzen für tot erklärt, sobald seine Hirnströme nicht mehr nachweisbar sind. Die „hirntoten“ Organspender sterben offenbar erst durch die Organentnahme. – Weshalb erhalten sonst als „hirntot“ erklärte Organspender vor der Organentnahme nicht nur hochpotente Schmerzmittel

bis hin zu einer Vollnarkose sondern werden zusätzlich sogar noch auf dem Operationstisch festgeschnallt, wenn sie doch als „Hirntote“ eigentlich nichts mehr spüren sollten? Etliche sogenannte „hirntote“ Komapatienten sind vor der Organentnahme sogar wieder aufgewacht. Muss die Hirntod-Definition nicht gründlichst revidiert werden? [9]

Verfolgung geostrategischer Ziele statt Schutz der Völker

pag. Saudi-Arabien schlug im August 2017 mit Hilfe des Militärs Unruhen seiner schiitischen Minderheit brutal nieder. Allein in der Ortschaft Al Awamiyah wurden dabei zahlreiche Regimegegner getötet. In gleicher Weise unterdrückte das Militär von Bahrain seine schiitische Bevölkerungsmehrheit. In diesen Golfstaaten sind schwere Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung. Trotzdem kennen

westliche Staaten keinerlei Skrupel, mit solchen Staaten riesige Waffengeschäfte zu betreiben. Im Gegensatz dazu wurden aber Machthaber anderer Länder, wie z.B. Jugoslawiens, der Ukraine, Libyens, des Irak oder Syriens von westlichen Regierungen und Massenmedien als Schlächter ihrer eigenen Bevölkerungen weltweit gebrandmarkt. Dies führte zu drastischen Maßnahmen der westlichen Staatengemeinschaft

gegen diese Länder, bis hin zum militärischen Einfall. Viele Kritiker bezichtigten den Westen wegen dieses offensichtlichen Messens mit zweierlei Maß der Heuchelei. Offensichtlich gehe es den USA und ihren westlichen Verbündeten nicht im Geringsten um die Durchsetzung allgemeiner Menschenrechte sondern einzig um die Durchsetzung eigener Macht- und Profitinteressen und geostrategischer Ziele. [10]

Warum die Fleißigen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden

ennm. Die Europäische Zentralbank (EZB) weigert sich, den Leitzins über null Prozent anzuheben. Denn steigende Zinsen würden den südeuropäischen Staaten massive Finanzierungsprobleme bereiten. Viele marode Banken seien eigentlich bankrott,

erklärte Finanzexperte Marc Friedrich, Bestsellerautor von „Der größte Raubzug der Geschichte – warum die Fleißigen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden“. Das führe zur „größten Insolvenzverschleppung in der Geschichte der

Menschheit“ und zur schleichenden Enteignung der Bürger, warnt Friedrich. Zu den Folgen gehöre immer mehr Altersarmut in den nächsten 10 bis 20 Jahren, denn es werde immer schwieriger, fürs Alter vorzusorgen. [11]

Mehrheitsmeinung geht von EU-Zerfall aus

hm. Die Bevölkerung vier großer EU-Staaten geht laut einer repräsentativen Umfrage des ältesten Meinungsforschungsinstituts in Frankreich, dem *Institut français d'opinion publique*, mehrheitlich davon aus, dass in der Zukunft noch weitere Länder die Europäische Union verlassen werden. Für den Historiker Michael Vogt ist das nicht überraschend: „Dieses französische Institut hat, aus welchen Gründen auch immer, weder die Tschechen, noch die Slowaken, noch die Ungarn, noch die Portugiesen, Spanier oder die Griechen befragt. Gerade die drei letztgenannten Staaten sind ökonomisch gebeutelt und haben eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. Ich denke, die Mehrheitsmeinung in all diesen Ländern geht von einem Zerfall der EU aus.“ [8]

Schlusspunkt •

„Nicht Ruhe und Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit“, sagte einmal der ehemalige Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner. In einer Zeit, in der die etablierten Medien diese für sie eigentlich vorgesehene Aufgabe nicht mehr wahrnehmen, füllen zunehmend S&G und andere Aufklärer diese Lücke. Zur effektiven Verbreitung wird jedem Leser ans Herz gelegt, seine Ausgabe zu kopieren und an wahrheitsliebende Menschen weiterzugeben.

Die Redaktion (pg.)

Quellen: [6] Zeitung: „Esslinger Zeitung“ vom 18. August 2017, Seite 5, Artikel: „Streit um Heimaturlaub von Flüchtlingen“.

[7] www.watertgate.tv/2017/08/11/norweger-wollen-nicht-mehr-in-die-eu/ [8] <http://quer-denken.tv/mehrheitsmeinung-geht-vom-eu-zerfall-aus-historiker-erlaeuert-gruende/> [9] www.kath.net/news/25261 | <https://initiative-kae.de/> |

www.zeit.de/zeit-magazin/2014/21/organspende-tod-kind/seite-2 [10] www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59655 |

<http://www.dw.com/de/saudi-arabien-krieg-gegen-die-schiitische-minderheit/a-40025351>

[11] <https://de.sputniknews.com/wirtschaft/20170912317404043-eb-kurz-vor-grosser-krise/>

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 23.9.17

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.

Redaktion:

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen: ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage

Abonnentenservice: www.s-und-g.info

Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen

Österreich: AZZ, Postfach 0016, A-9300 St. Veit a. d. Glan

Schweiz: AZZ, Postfach 229, CH-9445 Rebstein



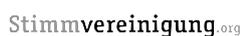
www.anti-zensur.info



www.klagemauer.tv



www.panorama-film.ch



www.stimmvereinigung.org



www.agb-antigenozidbewegung.de



www.sasek.tv